

**Regierungsprogramm
der SPD Baden-Württemberg
Kurzversion**

2011-2016

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

bei den Landtagswahlen am 27. März entscheiden Sie, welchen Weg Baden-Württemberg In Zukunft gehen wird. Als Spitzenkandidat der SPD Baden-Württemberg möchte ich Ministerpräsident werden und mit Ihnen gemeinsam einen neuen Politikstil verwirklichen. Denn unser Land braucht einen Neuanfang. Ohne Filz und ohne Klientelpolitik. Dafür mit einer Regierung, die den Menschen zuhört und nicht über ihre Köpfe hinweg regiert, sondern Brücken baut.

Wir wollen mit unserer Politik neues Vertrauen schaffen. Deshalb sagen wir heute, was wir in der Regierung tun werden. Und deshalb werden wir in der Regierung tun, was wir heute sagen. Unsere Ziele, Ideen und Vorstellungen für ein gerechtes und modernes Baden-Württemberg finden Sie hier in unserem Regierungsprogramm.

Wie modernes Regieren aussehen kann, haben wir bei der Erarbeitung dieses Programms gezeigt. Auf über 100 Veranstaltungen im ganzen Land hat die SPD Baden-Württemberg ihr Regierungsprogramm für die kommenden fünf Jahre im echten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, Organisationen, Firmen und Verbänden im Land gestaltet. Denn wir sind überzeugt: Unser Land braucht neue politische Inhalte, vor allem braucht es jedoch einen neuen politischen Stil.

Unser Programm zeigt auf allen zentralen Politikfeldern klare Alternativen zur unsozialen Politik von Schwarz-Gelb auf. Wir setzen auf Dialog statt Alleinherrschaft. Transparenz statt alter Seilschaften. Gemeinwohl statt Einzelinteressen. So wollen wir den Fortschritt wieder nach Baden-Württemberg bringen. Und wir werden dafür sorgen, dass alle Menschen an diesem Fortschritt teilhaben können.

Überzeugen sie sich selbst. Ich wünsche Ihnen eine anregende und informative Lektüre und freue mich auf den Dialog mit Ihnen.



Ihr Dr. Nils Schmid

Beste Bildung für alle

- Wir schaffen neue Bildungschancen und verwirklichen die Gebührenfreiheit: von Krippe und Kindergarten bis zur Hochschule. Wir werden die Studiengebühren abschaffen und den Hochschulen die Mittel in voller Höhe ersetzen. Aufstieg durch Bildung wird in unserem Land wieder möglich werden.
- Auf den Anfang kommt es an. Wir werden die Kommunen bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr unterstützen und die Betreuungs- und Bildungsangebote für Null- bis Dreijährige ausbauen. Dazu verbessern wir die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher und werden eine Qualitätsoffensive in den Kindertagesstätten starten.
- Wir lassen die Eltern entscheiden: Deshalb schaffen wir die verbindliche Grundschulempfehlung ab. Die Eltern sollen nach intensiver Beratung frei die richtige Schule für ihr Kind wählen dürfen.
- Für gerechte Bildungschancen brauchen wir längeres gemeinsames Lernen. Je länger Kinder in einer Klasse gemeinsam lernen, desto mehr nutzt das allen. Den schrittweisen Weg zur 10-jährigen Schule wollen wir im Dialog mit allen Beteiligten vor Ort gemeinsam gehen. Mit mehr Eigenständigkeit vor Ort. Mit innovativen Schulkonzepten, die zur Situation vor Ort passen. Mit einer gymnasialen Oberstufe, die sich anschließt und zum Abitur führt.
- Ganztagschulen sind Lern- und Lebensorte, ohne starren 45-Minuten-Takt, dafür mit vielfältigen ergänzenden Bildungs- und Freizeitangeboten. Wir werden deshalb die Ganztagschule als Schulform gesetzlich verankern, flächendeckend anbieten und die notwendigen pädagogischen Fachkräfte zur Verfügung stellen.
- Das krampfhaftes Festhalten von Schwarz-Gelb am 3-gliedrigen Schulsystem ist ungerecht führt zum Aus für Hunderte von Schulstandorten, gerade im ländlichen Raum. Wir garantieren, dass in jeder Gemeinde oder jedem Gemeindeverband über 5000 Einwohnern eine weiterführende Schule erhalten bleibt. Für gerechte Bildungschancen für alle.
- Das Turboabitur führt zu großen Belastungen. Das werden wir ändern. Das achtjährige Gymnasium funktioniert nur als Ganztagschule mit zusätzlichen

Ressourcen. Wir werden innerhalb des achtjährigen Gymnasiums (G8) den Schulen die Möglichkeit geben, einen parallelen G9-Zug einzurichten. Mit Wahlfreiheit für die Eltern, welche Variante für ihr Kind die beste ist.

- Im letzten Schuljahr fielen in Baden-Württemberg über 1,6 Mio. Unterrichtsstunden in den allgemein bildenden Schulen aus. Wir werden zusätzliche Lehrkräfte einstellen, um die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Die Zahl der KrankheitsstellvertreterInnen werden wir um ein Drittel erhöhen und diese Lehrkräfte unbefristet einstellen.

Gute Arbeit für alle

- Wer Vollzeit arbeitet, muss von seiner Arbeit auch leben können. Wir kämpfen für den flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn.
- Wir werden den Missbrauch in der Leih- und Zeitarbeit bekämpfen. Der Grundsatz „Gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit muss wieder durchgesetzt werden. Lohndumping darf nicht belohnt werden
- Lohn- und Sozialdumping darf nicht belohnt werden. Wir werden die Arbeitnehmer vor Ausbeutung schützen und die ehrbaren, fairen, sozial verantwortlichen Kaufleute unterstützen. Deshalb werden wir ein Tariftreuegesetz beschließen damit, öffentliche Aufträge in Zukunft nur noch an faire Unternehmen gehen.
- Baden-Württemberg muss Ausbildungsland Nummer 1 in Deutschland werden. Deshalb werden wir Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen im ganzen Land einführen.

Solidarität statt Spaltung

- Gesundheit darf kein Luxus sein. Eine Stimme für die SPD ist eine Stimme gegen Kopfpauschale, Vorkasse und Zuzahlungen - auch bei der Landtagswahl.
- Moderne Familienpolitik heißt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Wir werden die Familien in Baden-Württemberg unterstützen. Indem wir den Anspruch auf Ganztagsbetreuung verwirklichen. Indem wir die Elternbeiträge schrittweise abschaffen. Und indem wir das Versprechen auf den Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung Kindertagespflege ohne Wenn und Aber einlösen.

- Wir werden Kinder- und Familienarmut in Baden-Württemberg bekämpfen. Auf uns ist Verlass: Wir werden das Landeserziehungsgeld als wichtige für einkommensschwache Familien verteidigen.
- Baden-Württemberg ist ein Einwanderungsland. Wir werden die Chancen dieser Vielfalt nutzen, ohne die Probleme unter den Tisch zu kehren – ohne Ängste und Träumereien. Integration wird bei uns Chefsache: mit einem „Staatsminister für Integration“ in Baden-Württemberg.
- Soziale Sicherheit im Alter ist die Basis für ein selbstbestimmtes Leben. Wir werden altengerechtes fördern Verkehrssysteme und eine Pflegepolitik verwirklichen, die selbständige Lebensführung in der gewohnten häuslichen Umgebung solange wie möglich sichert.
- Wir werden Inklusion verwirklichen und Menschen mit Behinderungen die gleichen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Deshalb werden wir die UN-Behindertenrechtskonvention in Baden-Württemberg umsetzen. Förderung und Unterstützung müssen künftig dem behinderten Menschen folgen und nicht umgekehrt.

Ökologisches Wachstum

- Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch und nicht der Markt. Wir kämpfen für Vollbeschäftigung und verbinden ökonomische Vernunft, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung.
- Die Menschen in unserem Land wissen, dass der wirtschaftliche Erfolg Baden-Württembergs in Zukunft nur dann Bestand haben kann, wenn wir heute dazu die Grundlage schaffen. Wir werden gemeinsam mit Beschäftigten und Unternehmen durch eine aktive Wirtschaftspolitik für neue Dynamik sorgen.
- Das Fundament der baden-württembergischen Wirtschaft ist die Produktion, vom Kleinbetrieb bis zum Weltkonzern. Wir werden unser Land zur Herzkammer Europas weiterentwickeln. Dafür werden wir eine bessere Abstimmung der Technologieförderung organisieren, eine bessere öffentliche Finanzierungsstruktur bereitstellen und eine beherzte Infrastrukturpolitik vorantreiben. Wir geben unser Wort: Wir werden um jeden Arbeitsplatz im Land kämpfen.

- Nur ökologisches Wirtschaften hat Zukunft. Mit einer ökologischen Industrie- und Handwerkspolitik werden wir den Klimaschutz zum Jobmotor machen. Wir schalten die Atomkraft ab und schaffen mit erneuerbaren Energien Arbeitsplätze.
- Wir werden das „Autoland“ Baden-Württemberg zum „Mobilitätsland“ weiterentwickeln damit es seinen Spitzenplatz zu behaupten kann. Unsere hochkarätigen Forschungseinrichtungen und unsere innovativen Unternehmen werden wir bei der Entwicklung alternativer Antriebe unterstützen
- Wir werden das Handwerk und den Mittelstand stärken, sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Dazu schaffen wir die optimalen Bedingungen für den wirtschaftlichen Erfolg und die soziale Verantwortung dieser Betriebe.
- Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht auf Information und Schutz vor wirtschaftlichem und gesundheitlichem Schaden. Wir werden in Baden-Württemberg eine leistungsfähige Beratungsinfrastruktur schaffen und die Anzahl der unabhängigen Verbraucherberatungsstellen erhöhen.
- Wir werden Arbeitsplätze auf dem Land und eine nachhaltige Landbewirtschaftung sichern. Auch Landwirte müssen von ihrer harten Arbeit leben können. Wir werden die Position der Landwirte stärken. Für uns steht fest: Wir wollen eine baden-württembergische Landwirtschaft ohne Gentechnik.

Handlungsfähig und Gerecht

- Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Wir wissen: Um unser Land gerechter zu machen, brauchen wir einen handlungsfähigen Staat. Die Grundlage dafür sind ausreichende und verlässliche Einnahmen. Wir versprechen keine Steuergeschenke, sondern sorgen für Steuergerechtigkeit.
- Wir wollen heute nicht auf Kosten zukünftiger Generationen leben, deshalb werden wir den Landeshaushalt konsolidieren. Das ist ein Gebot der Solidarität gegenüber unseren Kindern. Gleichzeitig dürfen wir ihnen keine marode Infrastruktur hinterlassen. Wir werden daher die Verschuldung der öffentlichen Haushalte senken und zugleich mehr in Bildung, Forschung und Infrastruktur investieren.
- Schwarz-Gelb hat bei der Bekämpfung der Steuerkriminalität versagt. Die

Steuerverwaltung wird durch Personalabbau geschwächt, die Steuer-CD wurde nicht gekauft. Wir werden die Steuerkriminalität im Land effektiv bekämpfen. damit die Ehrlichen nicht mehr die Dummen sind in Baden-Württemberg.

- Die Kommunen sind die Keimzellen unserer Demokratie. Wir werden die kommunalen Finanzen sichern. Neue Belastungen der Kommunen dürfen nicht mehr ohne finanziellen Ausgleich beschlossen werden. Wir werden das Konnexitätsprinzip „Wer bestellt, bezahlt“ strikt beachten. Die Abschaffung der Gewerbesteuer lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir sie zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer ausbauen.

Sicherheit und Freiheit

- Sicherheit und Freiheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst, doch auch in Zeiten neuer Bedrohungen und gesteigener Terrorgefahr darf man nicht vergessen: Nicht die Verteidigung der Bürgerrechte bedarf der Rechtfertigung, sondern deren Einschränkung.
- Mit der SPD wird es keine Sicherheitspolitik nach Kassenlage geben. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger genießt absolute Priorität. Wir werden die Polizeipräsenz in der Fläche verbessern, Postenschließungen wo nötig rückgängig machen und unsere Polizeireviere angemessen mit Personal ausstatten.
- Wir wollen bürgernahen, unabhängigen und effektiven Datenschutz. Der Schutz des informationellen Selbstbestimmungsrechts hat gerade im digitalen Zeitalter besondere Bedeutung. Wir werden für ein grundsätzliches Verbot der sachfremden Weitergabe personenbezogener Daten eintreten.

Weltoffen, Kreativ und Modern

- Kultur ist Ausdruck einer offenen Gesellschaft. Wir werden Kunst und Kultur verlässlich fördern, insbesondere auch die freie Kulturszene. Kunst und Kultur sind für alle da. Sie dürfen kein Luxus für wenige sein, deshalb werden wir sie für alle erreichbar und zugänglich halten.
- Baden-Württemberg liegt im Herzen Europas. Wir werden die europäische Freundschaft vertiefen und fit für die Zukunft machen. Gleichzeitig wollen wir Europa sozialer machen. In Europa darf kein Platz sein für Steuer-, Lohn- und Sozialdumping,

für die Verlagerung von Arbeitsplätzen in so genannte Billiglohnländer und für die Abschaffung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir kämpfen für ein gerechtes Baden-Württemberg in einem sozialen Europa.

- In Baden-Württemberg sind über 3,8 Mio. Menschen in über 11.000 Sportvereinen organisiert. Sportvereine und deren Mitglieder sind damit die mit Abstand größte Bürgerbewegung in Baden-Württemberg. Wir werden ihnen die Unterstützung geben, die sie brauchen.

Mehr Demokratie

- Mit Nils Schmid als Ministerpräsidenten werden wir einen neuen politischen Stil in Baden-Württemberg verwirklichen. Die Menschen wollen selbst darüber diskutieren und entscheiden, wie sie in Zukunft leben wollen. Wir haben Vertrauen zu den Menschen und werden mehr demokratische Beteiligung ermöglichen.
- Das modernste Land braucht auch die modernste Demokratie. Wir werden dafür sorgen, dass Baden-Württemberg zum Musterland direkter Demokratie wird. Volksinitiative, Volksbegehren und Volksabstimmung werden künftig ganz selbstverständlich zur demokratischen Kultur in Baden-Württemberg gehören.
- Die Auseinandersetzung um Stuttgart 21 spaltet unser Land. Wir wollen diese Spaltung überwinden. Dazu schlagen wir vor, eine verbindliche landesweite Volksabstimmung über die Landesbeteiligung zu Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Stuttgart/Ulm durchzuführen. Schwarz-Gelb hat sich diesem Weg der Vernunft und Versöhnung verweigert und stattdessen versucht, das Projekt durchzuknüppeln. Wir sagen: die Menschen sollen entscheiden.
- Den Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg gehört die Zukunft. Sie sollen früher mitentscheiden können. Deshalb wollen wir das Wahlrecht ab 16 Jahren bei Kommunal- und Landtagswahlen einführen und die Stellung von Jugendgemeinderäten in der Gemeindeordnung stärker verankern.
- Wir leben in der digitalen Gesellschaft. Für uns steht fest: Wir wollen die Spaltung unserer Gesellschaft auch in der digitalen Welt überwinden. Netzneutralität ist der Schlüssel, um ein freies und offenes Internet sicherzustellen. Wir werden sie sichern und stärken.